

Sibylle Hell und Axel Eigen, Feuerbacher Weg 32
Christa und Dr. Volker Grub, Feuerbacher Weg 44
Hildegard und Dr. Konrad Lübke, Albrecht-Dürer Weg 7
Alexa und Norbert Quack, Feuerbacher Weg 51

Stuttgart, den 17.12.2007

Bürgerinitiative Feuerbacher Heide gegen Bebauung des Bereiches Parlerstraße/Am Tazzelwurm

Liebe Nachbarn,

Ihre Beteiligung an der Bürgerinitiative hat bisher zu einem Teilerfolg geführt: Der Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderates der Stadt Stuttgart hat die ursprüngliche Absicht, die Grün- und Parkfläche des Bereiches Parlerstraße/Am Tazzelwurm mit bis zu viergeschossigen Mehrfamilienhäuser zu bebauen, aufgegeben. Damit ist zunächst die schlimmste, denkbare Bausünde vom Tisch.

Dafür sollen nun sechs Ein- oder Zweifamilienhäuser in 1 ½-geschossiger Bauweise entstehen. Die Problematik der Bebauung der Feuerbacher Heide an sich stellt sich damit leider unverändert.

Seit Generationen wird die vorgesehene Baufläche an der Parlerstraße der Feuerbacher Heide zugerechnet, und es bestand Einigkeit, dass sie als Park- und Grünfläche nicht bebaut werden darf. So steht es auch im aktuellen Flächennutzungsplan 2010.

Zur Aufstellung eines Bebauungsplanes müssen deshalb zunächst die Rechtsgrundlagen geändert werden. Der Gemeinderat betreibt mit einem Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Technik vom 27.11.2007 dieses Änderungsverfahren; es wurde in die Änderung des Flächennutzungs für das gesamte Killesberg-Messegelände einbezogen und liegt derzeit zur Einsicht und Erörterung beim Stadtplanungsamt offen. (Die Unterlagen hierzu sind im Internet abrufbar unter www.stuttgart.de über die Links „Stadtplanung“ – „Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung“ – „Aktuelle Bauleitplanung“ – „FNP 42 (Änderung) Stadtbezirk Nord - Bereich Alte Messe Killesberg“)

Dieser „Aufstellungsbeschluss“ wurde bezüglich der Parlerstraße gegen erhebliche Widerstände gefasst:

- **Der Bezirksbeirat Stuttgart-Nord** lehnte in einer Sitzung vom 26.11.2007 eine Änderung des Flächennutzungsplanes 2010 insoweit **einstimmig** ab. Weder der Bereich Thomastraße noch die Parlerstraße/Am Tazzelwurm sollen überbaut werden, sondern als Grünflächen erhalten bleiben.

- Vom **Umweltamt der Stadt Stuttgart** wurden nochmals neue Gutachten vorgelegt, wonach aus klimatologischen Gründen (Frischluftentstehungsgebiet und Frischluftschneisen) eine Bebauung **nicht in Betracht** kommen darf.

Dies alles hat die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat, bestehend aus CDU, FDP und Freien Wählern nicht bekümmert. Die Gemeinderäte von CDU, FDP und Freien Wählern stimmten für den Aufstellungsbeschluss unter Einbeziehung der hiesigen Bauplanung gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Die „Bauwut“ unter Missachtung ökologischer und klimatologischer Erfordernisse wird auch in anderen Gebieten weiter betrieben. So sollen auch gegen den massiven Widerstand der Anlieger die Obstwiesen an der Rommelshäuser Straße in Cannstatt und am Rohrer Weg in Möhringen einer Wohnbebauung geopfert werden. Auch hier hat sich die bürgerliche Mehrheit gegen den Widerstand von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf eine Bebauung versteift.

Inzwischen hat sich auch die Einstellung der lokalen Presse zu diesem Thema gewandelt. Jörg Nauke schreibt hierzu in der Stuttgarter Zeitung vom 06.12.2007:

„Man war sich in der Stadt einig, dass die seltenen Freiflächen für die Bürger folgender Generationen viel zu bedeutend sind, als dass sie weiter zur Befriedigung von Wohnbedürfnissen einiger weniger versiegelt werden dürfen. Deshalb wurde verkündet, die Innenentwicklung genieße Vorrang vor der Randbebauung. Mittlerweile ist jedem klar geworden, dass der Klimawandel nicht an der Stadtgrenze halt machen wird – der heiße Sommer 2003 hat einen Vorgeschmack gegeben und gezeigt, wie kolossal bedeutend jede einzelne Frischluftschneise und die lokalen Kaltluftentstehungsgebiete werden [...]. Wer die treuhänderisch überlassenen Ressourcen kampflos einigen Grundstückseigentümern zu überlassen gedenkt, agiert als deren Sachwalter – aber gegen die Mehrheit der Bürger. Wenn das gewollt ist, wird die Entscheidung nach der OB-Wahl womöglich auch noch die Kommunalwahl beeinflussen.“

Josef Schunder schreibt in den Stuttgarter Nachrichten vom 28.11.2007 zum gleichen Thema:

„Für die bürgerliche Mehrheit steht im Vordergrund, dass das Stadtgebiet, so gut es noch geht, für Bauflächen ausgemostet wird. Selbst wenn es Frischluftschneisen kostet. Ein freistehendes Häusle mit Satteldach – das ist das Ideal der konservativen Riege. Eindimensional die CDU, vollends platt der Stadtrat der FDP: Eine Großstadt hat eine bessere Baupolitik verdient.“

Die neuen Leitanträge der Landes-CDU, eine stärker ökologisch orientierte Politik zu betreiben und den Flächenverbrauch zu stoppen, sind offensichtlich nur Lippenbekenntnisse und bei der Basis nicht angekommen. Dort stehen weiterhin die monetären Gesichtspunkte im Vordergrund. Dies gilt auch für die Organe der Stadt Stuttgart. So wird mit einem Rahmenplan, der die Halbhöhenlagen der Stadt Stuttgart schützen soll, im Oktober 2007 das Bekenntnis abgelegt, dem Nachverdichtungstrend sofort Einhalt zu gebieten.

In dem Rahmenplan heißt es:

„In den hoch attraktiven und deshalb nachgefragten Standorten der Halbhöhenlagen besteht die Tendenz einer kontinuierlichen baulichen Nachverdichtung und – im Laufe der Jahre – die Gefahr eines spürbaren und unwiederbringlichen Verlustes vorhandener Grünflächen und Qualitäten.“

Im Oktober 2007 wurde dem Leiter des Stuttgarter Gartenamtes Werner Koch von der Präsidentin der Deutschen Gartenbaugesellschaft, Sonja Gräfin Bernadotte, der „Goldene Ginkgo“ überreicht. Dazu Oberbürgermeister Wolfgang Schuster:

„Werner Koch ist seit mehr als 20 Jahren erfolgreich für die Stadt tätig und hat bedeutend dazu beigetragen, dass Stuttgart mehr Grünfläche hat als jede andere deutsche Stadt. Grünfläche bedeutet Lebensqualität, und die bietet uns Werner Koch.“

Leider stehen diese Bekenntnisse regelmäßig hinten, wenn es darum geht, die städtischen Finanzen aufzubessern.

Wenn die bürgerlichen Parteien glauben, sich im Gemeinderat über eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung hinwegsetzen zu müssen, muss dagegen notfalls mit dem Stimmzettel bei den nächsten Gemeinderatswahlen votiert werden.

Dr. Grub hat namens der Bürgerinitiative und auch persönlich an den Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster einen Brief (Anlage) gerichtet, der unbeantwortet blieb. Eine Presseerklärung, die namens der Bürgerinitiative im September 2007 verfasst wurde, führte zur Berichterstattung in den Stuttgarter Nachrichten vom 24.09.2007 und im Stuttgarter Wochenblatt vom 27.09.2007.

Wir werden weiterhin alle Möglichkeiten wahrnehmen, eine Bebauung der Feuerbacher Heide zu verhindern und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Der Bürgerinitiative der Feuerbacher Heide haben sich inzwischen übrigens 452 Personen angeschlossen.

Wir wünschen Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute zum Neuen Jahr.

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Sibylle Hell und Axel Eigen
Hildegard und Dr. Konrad Lübke

Christa und Dr. Volker Grub
Alexa und Norbert Quack

P.S. Weitere Informationen finden Sie unter der Website „www.feuerbacherheide.de“